

**L-01-006**

# **Antrag**

**Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am Samstag,  
2. April 2022**

**Initiator\*innen:** Andrea Nakoinz (KV Berlin-Lichtenberg)

**Titel:** **L-01-006 zu L-01NEU: Ein grünes  
Gesundheitsnetzwerk für Berlin - von  
Prävention bis zur Versorgung und von der  
Geburt bis ins hohe Alter**

---

**Von Zeile 8 bis 19:**

~~Die Pandemie hat dazu geführt, dass wir uns in den vergangenen Jahren intensiv mit dem Thema Gesundheit auseinandergesetzt haben und deren individuellen und gesellschaftlichen Stellenwert unter die Lupe genommen haben. Die Pandemie zeigt uns noch einmal deutlich, wo die größten Lücken in unserem Gesundheitswesen sind. Denn ein für alle zugängliches und gut ausgestattetes Gesundheitswesen ist die Grundlage für eine soziale und chancengerechte Gesellschaft und sichert die Menschenwürde. Gesundheitsschutz und Pflege brauchen einen größeren Stellenwert und müssen solidarisch finanziert werden. Alle Menschen müssen sich darauf verlassen können, überall in der Stadt Zugang zu einer qualitativ hochwertigen und bedarfsgerechten Versorgung zu haben. Dabei haben die Belange der Patient\*innen und der Angestellten Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen. Für Gesundheitsschutz braucht es aber auch Armutsbekämpfung, Verbraucher\*innenschutz, bessere Lebensbedingungen und eine wirksame Umweltpolitik.~~

Die Pandemie hat allen Menschen in Berlin, in Deutschland und global deutlich gemacht, wie wichtig ein gut ausgestattetes und für alle Menschen zugängliches Gesundheitswesen ist. Gute Ausstattung betrifft dabei nicht nur die materiellen

Bedingungen, sondern insbesondere auch die personellen Ressourcen in allen Bereichen der Gesundheitsversorgung. Bereits vor der Pandemie bestehende Probleme wie Personalmangel, fehlende Digitalisierung und Investitionslücken sind in den letzten Jahren für uns alle deutlich sichtbar geworden. Diese Probleme anzugehen und zu lösen ist die Grundlage für eine soziale und chancengerechte Gesellschaft in der sich alle Menschen darauf verlassen können, dass sie überall in der Stadt Zugang zu einer qualitativ hochwertigen und bedarfsgerechten Krankheitsvorsorge und -versorgung haben. Wirtschaftliche Interessen von Akteur\*innen im Gesundheitswesen dürfen dieser bedarfsgerechten Versorgung nicht im Weg stehen.

### **Begründung**

Viele Mitglieder unserer Partei haben sich schon, teils über Jahrzehnte, vor der Pandemie mit Gesundheitspolitik auseinandergesetzt. Durch den Antrag sollte nicht der Eindruck entstehen, dass wir Gesundheitspolitik erst als Thema entdeckt haben. Zudem Benennung einiger großer Problemfelder mit denen wir uns schon sehr lang auseinandersetzen.

### **Unterstützer\*innen**

Antonia Schwarz (KV Berlin-Kreisfrei), Ellis Huber (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Tim Ullrich (KV Berlin-Neukölln), Jan Möbius (KV Berlin-Lichtenberg), Till Gierlich (KV Berlin-Neukölln), David Herr (KV Berlin-Kreisfrei), Katharina Urban (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Wolfgang Schmidt (KV Berlin-Kreisfrei), Heiko Schaller (KV Berlin-Lichtenberg), Maren Tepper (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf), Reinhard Koppenleitner (KV Berlin-Reinickendorf)

L-01-018

# Antrag

Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am Samstag,  
2. April 2022

Initiator\*innen: Taylan Kurt (KV Berlin-Mitte)

Titel: L-01-018 zu L-01NEU: Ein grünes  
Gesundheitsnetzwerk für Berlin - von  
Prävention bis zur Versorgung und von der  
Geburt bis ins hohe Alter

---

Von Zeile 20 bis 27:

~~Unser Ziel ist ein Höchstmaß an Gesundheitschancen, Lebensqualität und Wohlbefinden der Berliner\*innen – egal welchen Alters oder Geschlechts, welcher sexuellen Identität und Orientierung; unabhängig von der Herkunft, dem sozialen Status und der religiösen Zugehörigkeit, ob chronisch erkrankt oder nicht, ob mit oder ohne Behinderung oder anderen Voraussetzungen – vom Lebensanfang bis zum Lebensende. Wir wollen Gesundheitsgerechtigkeit, Chancengleichheit und die Rahmenbedingungen herstellen, damit jede\*r Berliner\*in ein selbstbestimmtes Leben in Würde führen kann. Die gesundheitliche Versorgung Berlins soll allen bekannt sein und von allen in Anspruch genommen werden können.~~

Unser Ziele sind Gesundheitsgerechtigkeit und Chancengleichheit, so dass jede\*r Berliner\*in egal welchen Alters, welcher Herkunft und Religion, welcher sexuellen Identität und Orientierung, unabhängig vom sozialen Status, ob vorerkrankt, ob mit Behinderung oder ohne oder anderen Voraussetzungen ein möglichst hohes Maß an Gesundheit und Lebensqualität erfährt und selbstbestimmt leben kann. Gesundheitsversorgung muss niedrigschwellig und vor Ort vernetzt sein- überall in Berlin. Nur so werden die Möglichkeiten der gesundheitlichen Vorsorge und Versorgung allen Berliner\*innen bekannt und auch von allen gleichermaßen in

Anspruch genommen werden können.

**Unterstützer\*innen**

Janine Rähke (KV Berlin-Mitte), Jelisaweta Kamm (KV Berlin-Mitte), Hendrik Böckermann (KV Berlin-Mitte), Levi Penell (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Johanna Martens (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf)

**L-01-039**

# **Antrag**

**Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am Samstag,  
2. April 2022**

**Initiator\*innen:** Till Gierlich (KV Berlin-Neukölln)

**Titel:** **L-01-039 zu L-01NEU: Ein grünes  
Gesundheitsnetzwerk für Berlin - von  
Prävention bis zur Versorgung und von der  
Geburt bis ins hohe Alter**

---

**Von Zeile 40 bis 43:**

Berlin langfristig sichern und den Fonds, der die Behandlung von nicht versicherten Menschen ermöglicht, ausbauen. ~~Gleiches gilt~~ Um weitere Zugangsbarrieren für Menschen ohne Papiere abzubauen, setzen wir uns auf Bundesebene für die Sicherstellung niedrigschwelliger Abschaffung der Übermittlungspflicht nach § 87 Abs. 2 Aufenthaltsgesetz ein. Zudem wollen wir niedrigschwellige Angebote der sexuellen Gesundheitsversorgung wie etwa den Checkpoint BLN am Hermannplatz sicherstellen. Dieser bietet unter einem Dach Beratung, Tests sowie Präventions- und Behandlungsangebote zu sexuell

## **Begründung**

Menschen ohne Papiere können, neben dem anonymen Krankenschein in Berlin, einen Behandlungsschein für ambulante Leistungen beantragen.

Allerdings verpflichtet § 87 Absatz 2 Aufenthaltsgesetz alle öffentlichen Stellen (Ausnahme: Erziehungs- und Bildungseinrichtungen) zur Meldung von

Undokumentierten an die Ausländerbehörden. Durch eine Beantragung riskieren die

Menschen somit ihre Aufdeckung und letztlich ihre Abschiebung. Der Zugang zur (medizinischen) Versorgung ist massiv erschwert.

Durch die Unterzeichnung des VN-Sozialpaktes 1966 erkennt Deutschland das „Höchstmaß an körperlicher und geistiger Gesundheit“ (Artikel 12) als Menschenrecht an. § 87 Aufenthaltsgesetz steht dem entgegen. Die Abschaffung hat 2018 auch der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen gefordert (<https://digitallibrary.un.org/record/1653881>, S. 4).

Die Anpassung des Satzes zu Checkpoint BLN wäre bei Übernahme zur klaren Trennung der beiden Themen notwendig. Inhaltlich ist nichts geändert.

### **Unterstützer\*innen**

Sibylle Kranwetvogel (KV Berlin-Mitte), Samira Tanana (KV Berlin-Neukölln), Maimouna Ouattara (KV Berlin-Neukölln), Sebastian Weise (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Wolfgang Schmidt (KV Berlin-Kreisfrei), Heiko Schaller (KV Berlin-Lichtenberg), Ulli Reichardt (KV Berlin-Kreisfrei)

**L-01-042**

# **Antrag**

**Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am Samstag,  
2. April 2022**

**Initiator\*innen:** LAG Digitales und Netzpolitik (dort beschlossen am:  
25.03.2022)

**Titel:** **L-01-042 zu L-01NEU: Ein grünes  
Gesundheitsnetzwerk für Berlin - von  
Prävention bis zur Versorgung und von der  
Geburt bis ins hohe Alter**

---

**Von Zeile 43 bis 44 einfügen:**

**unter einem Dach Beratung, Tests sowie Präventions- und Behandlungsangebote zu sexuell übertragbaren Krankheiten. Zudem wollen wir digitale Angebote fördern oder schaffen, die einen niedrigschwelligen, Beitrag zur sexuellen Aufklärung leisten und dabei einen intersektionellen Ansatz verfolgen sowie insbesondere auf die Bedürfnisse von Frauen\*, Jugendlichen und Menschen mit niedrigem Einkommen zugeschnitten sind.**

## **Begründung**

Unser gesellschaftliches Verhältnis zur sexuellen Aufklärung bereitet nicht nur die Grundlage für ein gesundes Verhältnis zur eigenen Sexualität und Gleichstellung der Geschlechter, sondern eine mangelhafte Aufklärung kann ungewollte Folgen nach sich ziehen – von Problemen bei der Verhütung bis hin zu Sexually transmitted infections. Niedrigschwellige digitale Angebote wie Apps, Plattformen oder Foren können einen Beitrag dazu leisten, zur sexuellen Aufklärung und Selbstbestimmung beizutragen. Dabei sollte ein Augenmerk darauf liegen, dass die Angebote zielgruppengerecht

ausgestaltet werden und insbesondere auf die Bedürfnisse von Frauen\*, Jugendlichen und Menschen mit niedrigem Einkommen zugeschnitten sind.



**L-01-044**

# **Antrag**

**Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am Samstag,  
2. April 2022**

**Initiator\*innen:** Andrea Nakoinz (KV Berlin-Lichtenberg)

**Titel:** **L-01-044 zu L-01NEU: Ein grünes  
Gesundheitsnetzwerk für Berlin - von  
Prävention bis zur Versorgung und von der  
Geburt bis ins hohe Alter**

---

**Von Zeile 46 bis 48:**

~~**Wir arbeiten an einer gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung, die diversitäts-, und kultursensibel ist und offen mit den unterschiedlichen Bedürfnissen der erkrankten und pflegebedürftigen Menschen umgeht.**~~

**Eine gute gesundheitliche Versorgung ist diversitätssensibel. Wir wollen, dass die unterschiedlichen Bedürfnisse aller Menschen sowohl bei der Vorbeugung von Erkrankungen als auch in der Versorgung von erkrankten und pflegebedürftigen Menschen wahrgenommen und berücksichtigt werden.**

## **Begründung**

Im gesamten Antrag wird sehr viel von Vorsorge als wichtige Säule der Gesundheitspolitik gesprochen. Auch hier spielt diversitätssensibilität eine große Rolle. Wenn Präventionsangebote nicht ausreichend diversitätssensibel sind, werden marginalisierte Gruppen nicht erreicht und erkranken somit häufiger. Hier deshalb die Ergänzung um Vorbeugung von Erkrankungen.

Zusätzlich erfolgt die Streichung des Begriffes "kultursensibel". Diversitätssensibel

beinhaltet auch Kultursensibilität ohne defizitorientiert zu sein. Der Begriff Kultursensibilität betrachtet die Kultur eines Menschen als Nachteil und ist entsprechend negativer besetzt als diversitätssensibel.

### **Unterstützer\*innen**

Heiko Schaller (KV Berlin-Lichtenberg), Filiz Keküllüoglu (KV Berlin-Lichtenberg), Karoline Killat (KV Berlin-Lichtenberg), Antonia Schwarz (KV Berlin-Kreisfrei), Karsten Krieger (KV Berlin-Lichtenberg), Dante Esteban Davis (KV Berlin-Lichtenberg), Peter Ebbinghaus (KV Berlin-Lichtenberg), Alexandra Heimerl (KV Berlin-Lichtenberg), Christa Markl-Vieto Estrada (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Sebastian Walter (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Ellis Huber (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

**L-01-060**

# **Antrag**

**Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am Samstag,  
2. April 2022**

**Initiator\*innen:** LAG QueerGrün (dort beschlossen am: 24.03.2022)

**Titel:** L-01-060 zu L-01NEU: Ein grünes  
Gesundheitsnetzwerk für Berlin - von  
Prävention bis zur Versorgung und von der  
Geburt bis ins hohe Alter

---

**Von Zeile 61 bis 63:**

medizinischen Leistungen verweigert wird. Auch Gewichtsdiskriminierung führt zu schlechterer Versorgung. Oder aber die Offenlegung der **sexuellen geschlechtlichen** Identität wirkt sich nachteilig auf die Interaktion von Ärzt\*innen und Patient\*innen aus. Wir werden uns daher für die Einrichtung

## **Begründung**

Zeile 55 nutzt richtige Termini, diese sollten auch konsequent beibehalten werden

**L-01-077**

# **Antrag**

**Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am Samstag,  
2. April 2022**

**Initiator\*innen:** LAG Digitales und Netzpolitik (dort beschlossen am:  
25.03.2022)

**Titel:** **L-01-077 zu L-01NEU: Ein grünes  
Gesundheitsnetzwerk für Berlin - von  
Prävention bis zur Versorgung und von der  
Geburt bis ins hohe Alter**

---

**Von Zeile 78 bis 79 einfügen:**

**anzubieten, setzen wir uns dafür ein, dass entsprechende Schulungsangebote fester Bestandteil der Ausbildungscurricula und von Weiterbildungen werden. Wir unterstützen eine digitale, integrierte Versorgungsstruktur, die zukunftsorientiert und patient\*innenorientiert gestaltet wird. Dabei fördern wir eine stärkere Vernetzung der verschiedenen Fachdisziplinen, um die Qualität in der Gesundheitsversorgung zu verbessern und Gesundheitskosten zu senken, sowie digitale Kooperationen und Informationsflüsse zwischen Versorgungsanbietern, um die Patient\*innen direkt angemessen und ganzheitlich zu versorgen.**

## **Begründung**

Wir setzen uns für Integration in dem Sinne ein, dass die einzelnen Anbieter am Markt – von Telemedizin über die Hausärztin, bis hin zu Ambulanter Pflege und Reha-Einrichtungen miteinander verknüpft werden. Davon erhoffen wir uns Synergien aufzubauen, den Administrationsaufwand zu verringern und ein patient\*innenorientiert Handeln in den Fokus zu rücken.

**L-01-078**

# **Antrag**

**Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am Samstag,  
2. April 2022**

**Initiator\*innen:** Dominik Pross (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

**Titel:** **L-01-078 zu L-01NEU: Ein grünes  
Gesundheitsnetzwerk für Berlin - von  
Prävention bis zur Versorgung und von der  
Geburt bis ins hohe Alter**

---

**Von Zeile 80 bis 81:**

**Im Rahmen der Fast Track Cities-Initiative mit ihrem Ziel „95-95-95-0“ wollen wir  
die HIV-Beratungs- und Versorgungsstrukturen weiter stärken, die bestehenden  
Präventionsangebote und -kampagnen**

## **Begründung**

Die Initiative heißt nicht "95-95-95-0", was die jetzige Formulierung aber nahelegt,  
sonder "Fast-Track-Cities". 95-95-95-0 ist ein Ziel der Initiative.

## **Unterstützer\*innen**

Brigitte Kallmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Sven Dohnalek (KV Berlin-  
Treptow/Köpenick), Vito Dabisch (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Jenny Laube (KV  
Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Joana Zühlke (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

**L-01-082**

# **Antrag**

**Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am Samstag,  
2. April 2022**

**Initiator\*innen:** LAG QueerGrün (dort beschlossen am: 24.03.2022)

**Titel:** **L-01-082 zu L-01NEU: Ein grünes  
Gesundheitsnetzwerk für Berlin - von  
Prävention bis zur Versorgung und von der  
Geburt bis ins hohe Alter**

---

**Von Zeile 83 bis 85 einfügen:**

**Tests und Versorgung ermöglichen und Aufklärungskampagnen zur  
Entstigmatisierung durchführen. Für die Umsetzung der Maßnahmen braucht es  
zusätzlich eine Koordinierungsstelle der Fast Track City Initiative. Zudem werden  
wir uns für eine diskriminierungsfreie Pflegeversorgung älterer queerer Menschen  
einsetzen.**

## **Begründung**

Bislang wird die Initiative aus einem Zusammenschluss von BAH,  
Schwulenberatung und vielen weiteren Community Organisationen gestemmt. Eine  
Finanzierung der Koordinierung besteht bislang nicht und wird von bisher  
bestehenden Stellen zusätzlich geleistet.

**L-01-093**

# **Antrag**

**Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am Samstag,  
2. April 2022**

**Initiator\*innen:** Nina Stahr (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf)

**Titel:** **L-01-093 zu L-01NEU: Ein grünes  
Gesundheitsnetzwerk für Berlin - von  
Prävention bis zur Versorgung und von der  
Geburt bis ins hohe Alter**

---

**Von Zeile 94 bis 97 einfügen:**

**diskriminierungsfrei sein. Wir setzen uns für intersektionale reproduktive Rechte ein. Dazu gehört, dass das Angebot an Gynäkolog\*innen in allen Bezirken und der niedrigschwellige Zugang zur Geburtsvorbereitung - auch für den\*die Partner\*in oder eine andere Begleitperson - gesichert ist. Gefahrlose Schwangerschaftsabbrüche sowie eine Schutzzone vor Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen werden wir ermöglichen. Die Bedingungen für**

**Von Zeile 100 bis 101 einfügen:**

**besseren Arbeitsbedingungen für Hebammen und einer digitalen Plattform, die die Suche nach Hebammen erleichtert. Babypflegekurse sowie spezielle Erste-Hilfe-Kurse für (Klein-)Kinder für Eltern und andere Angehörige sollen ausgebaut sowie bekannter und einfacher zugänglich gemacht werden.**

## **Begründung**

Es gibt häufig zu hohe Hürden, Geburtsvorbereitungskurse zu absolvieren. Insbesondere für die Partner\*innen ist dies nicht immer kostenfrei, dabei ist die Begleitung während der Geburt durch eine vertraute Person für die gebärende Person sehr wichtig.

Die erste Zeit nach der Geburt ist für die Gesundheit von Kindern sehr wichtig. Deshalb muss es niedrighschwellige Angebote geben, bei denen Eltern Babypflege und erste Hilfe bei Kleinkindern lernen können.

## **Unterstützer\*innen**

Daniel Eliasson (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Andreas Audretsch (KV Berlin-Neukölln), Christoph Lorenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Claus Heuberger (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Lisa Paus (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Mariella Perna (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Katrin Schaar (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Birgit Vasiliades (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Gollaleh Ahmadi (KV Berlin-Spandau), Bernd Schwarz (KV Berlin-Reinickendorf), Andrea Nakoinz (KV Berlin-Lichtenberg), Detlef Meyer zu Heringdorf (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Christa Markl-Vieto Estrada (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Antonia Schwarz (KV Berlin-Kreisfrei), Alexander Kräß (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Johanna Martens (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Ulrike Kipf (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Hanna Steinmüller (KV Berlin-Mitte)



**L-01-099**

# **Antrag**

**Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am Samstag,  
2. April 2022**

**Initiator\*innen:** Nina Stahr (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf)

**Titel:** **L-01-099 zu L-01NEU: Ein grünes  
Gesundheitsnetzwerk für Berlin - von  
Prävention bis zur Versorgung und von der  
Geburt bis ins hohe Alter**

---

**Von Zeile 100 bis 101 einfügen:**

**besseren Arbeitsbedingungen für Hebammen und einer digitalen Plattform, die die Suche nach Hebammen erleichtert.**

**Zur umfassenden Gesundheitsversorgung von Schwangeren gehört es auch, sie dann gut weiter zu versorgen, wenn die Schwangerschaft ungewollt vorzeitig endet. Die gute Versorgung durch Hebammen nach einer Fehlgeburt muss deshalb durch ausreichende Kapazitäten genauso sichergestellt werden wie die psychologische oder seelsorgerische Betreuung beider Eltern. Die hierfür bestehenden Strukturen wollen wir deshalb unterstützen und ausbauen und bekannter machen.**

## **Begründung**

Viele Schwangere sind nach einer Fehlgeburt auf sich gestellt, deshalb ist es wichtig, dass sie wissen, wo sie Unterstützung bekommen können - genauso wie auch der zweite Elternteil. Die meisten Beratungsstellen hierfür sind spendenfinanziert; sie sollten besser gefördert werden.

## **Unterstützer\*innen**

Daniel Eliasson (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Andreas Audretsch (KV Berlin-Neukölln), Christoph Lorenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Claus Heuberger (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Lisa Paus (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Mariella Perna (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Birgit Vasiliades (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Katrin Schaar (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Bernd Schwarz (KV Berlin-Reinickendorf), Gollaleh Ahmadi (KV Berlin-Spandau), Andrea Nakoinz (KV Berlin-Lichtenberg), Detlef Meyer zu Heringdorf (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Christa Markl-Vieto Estrada (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Antonia Schwarz (KV Berlin-Kreisfrei), Alexander Kräß (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Johanna Martens (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Ulrike Kipf (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Hanna Steinmüller (KV Berlin-Mitte)

**L-01-099-2**

# **Antrag**

**Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am Samstag,  
2. April 2022**

**Initiator\*innen:** Tim Ullrich (KV Berlin-Neukölln)

**Titel:** **L-01-099-2 zu L-01NEU: Ein grünes  
Gesundheitsnetzwerk für Berlin - von  
Prävention bis zur Versorgung und von der  
Geburt bis ins hohe Alter**

---

**Von Zeile 100 bis 101 einfügen:**

**besseren Arbeitsbedingungen für Hebammen und einer digitalen Plattform, die die Suche nach Hebammen erleichtert. Wir setzen uns für die Einführung eines Berliner Programmes zur Endometriosefrüherkennung ein, das die integrierte, sektorenübergreifende Versorgung stärkt und die Dauer bis zur Diagnose im Land Berlin verkürzt.**

## **Begründung**

Eine von zehn Frauen im fortpflanzungsfähigen Alter leidet nach Zahlen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) an Endometriose, die Krankheit wird jedoch häufig erst nach langen Leidensgeschichten erkannt. Die mittlere Dauer bis zur Diagnose beträgt zurzeit 5-10 Jahre. Der französische Präsident Emmanuel Macron brachte das Problem vor kurzem auf den Punkt: das ist kein Problem der Frauen, sondern ein Problem der Gesellschaft. Seit 2021 gibt es in Frankreich daher einen nationalen Endometrioseplan.

## **Unterstützer\*innen**

Anja Fink (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Antonia Schwarz (KV Berlin-Kreisfrei), Andrea Nakoinz (KV Berlin-Lichtenberg), Jan Möbius (KV Berlin-Lichtenberg), Ellis Huber (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Till Gierlich (KV Berlin-Neukölln), Heiko Schaller (KV Berlin-Lichtenberg)

L-01-113-2

# Antrag

Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am Samstag,  
2. April 2022

**Initiator\*innen:** Andrea Nakoinz (KV Berlin-Lichtenberg)

**Titel:** L-01-113-2 zu L-01NEU: Ein grünes  
Gesundheitsnetzwerk für Berlin - von  
Prävention bis zur Versorgung und von der  
Geburt bis ins hohe Alter

---

Von Zeile 115 bis 118:

~~Dem Anspruch auf ein Leben in Würde folgt der Anspruch auf ein Sterben in Würde. Die Kompetenzen in den Bereichen der Palliativ- und Hospizversorgung werden bereits in der Ausbildung vermittelt. Die Palliativ- und Hospizversorgung müssen weiter ausgebaut und diversifiziert werden.~~

Dem Anspruch auf ein Leben in Würde folgt der Anspruch auf ein Sterben in Würde. Patient\*innen und deren Angehörige müssen ausführlich über Krankheit und Behandlungsoptionen aufgeklärt werden, so dass Entscheidungen getroffen werden können, mit denen sie sich wohl fühlen. Hierfür wollen wir Aufklärungsprogramme zu Patient\*innenverfügungen und Vorsorgevollmachten anstoßen. Eine bedarfsgerechte Palliativversorgung von Schwerstkranken und Sterbenden jeden Alters muss überall gewährleistet sein. Wir wollen die stationären Hospize und ambulanten SAPV- und Kinder-SAPV-Teams stärken und ausbauen.

**Begründung**

Patient\*innen, Angehörige und auch medizinisches Personal sind im Umgang mit schwer kranken Patient\*innen oft überfordert. Der hinzukommende wirtschaftliche Druck auf das Klinikpersonal macht eine patient\*innenzentrierte Aufklärung schwer bis unmöglich.

Eine Aufklärung, die auch die Ablehnung, beispielsweise einer Chemotherapie, wirklich möglich macht, gibt es nur selten. Ursächlich hierfür ist neben dem genannten wirtschaftlichen Druck die fehlende Ausbildung der Ärzt\*innen in dem Bereich, sowie das fehlende Verständnis von Angehörigen, die oftmals erst kurz vor dem Lebensende von Patient\*innen plötzlich Entscheidungen treffen sollen und damit sehr häufig einfach überfordert sind.

Diese Kombination führt dazu, dass viele sterbende Menschen entgegen ihres mutmaßlichen Willens eine längere Intensivtherapie erhalten oder im Krankenhaus statt zu Hause sterben.

Eine bessere Aufklärung und frühzeitige Einbindung von Palliativmediziner\*innen ermöglicht es Patient\*innen ihre Wünsche klar zu formulieren und erleichtert damit auch Angehörigen und dem medizinischen Personal den Umgang mit Sterbenden.

### **Unterstützer\*innen**

Till Gierlich (KV Berlin-Neukölln), Anja Fink (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Reinhard Koppenleitner (KV Berlin-Reinickendorf), Karoline Killat (KV Berlin-Lichtenberg), Antonia Schwarz (KV Berlin-Kreisfrei), Martina Schmiedhofer (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Sabine Deitschun (KV Berlin-Kreisfrei), Alexandra Heimerl (KV Berlin-Lichtenberg), Christa Markl-Vieto Estrada (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Christa Fischer (KV Berlin-Kreisfrei), Ellis Huber (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

**L-01-116**

# **Antrag**

**Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am Samstag,  
2. April 2022**

**Initiator\*innen:** Nina Stahr (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf)

**Titel:** **L-01-116 zu L-01NEU: Ein grünes  
Gesundheitsnetzwerk für Berlin - von  
Prävention bis zur Versorgung und von der  
Geburt bis ins hohe Alter**

---

**Von Zeile 117 bis 118 einfügen:**

**Ausbildung vermittelt. Die Palliativ- und Hospizversorgung müssen weiter  
ausgebaut und diversifiziert werden.**

**Doch nicht nur im hohen Altern sterben Menschen. Gerade wenn Kinder  
lebensverkürzend erkrankt sind, ist die Begleitung des Kindes sowie der gesamten  
Familie in einem Kinderhospiz von unschätzbarem Wert. Hier gilt es, die  
Kapazitäten auszubauen und möglichst wohnortnah in kleinen Einrichtungen zu  
ermöglichen.**

## **Begründung**

Gerade wenn Kinder sterben, brauchen Familien wohnortnah Unterstützung, um nicht zu viel Zeit durch weite Wege zu verlieren. Deshalb sollten wohnortnahe Kapazitäten ausgebaut werden, damit Kinder nicht im Krankenhaus sterben müssen, sondern in einer familiärerem Umgebung.

**Unterstützer\*innen**

Daniel Eliasson (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Andreas Audretsch (KV Berlin-Neukölln), Christoph Lorenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Claus Heuberger (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Lisa Paus (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Mariella Perna (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Katrin Schaar (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Birgit Vasiliades (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Gollaleh Ahmadi (KV Berlin-Spandau), Bernd Schwarz (KV Berlin-Reinickendorf), Andrea Nakoinz (KV Berlin-Lichtenberg), Detlef Meyer zu Heringdorf (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Christa Markl-Vieto Estrada (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Antonia Schwarz (KV Berlin-Kreisfrei), Alexander Kräß (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Johanna Martens (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Ulrike Kipf (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Hanna Steinmüller (KV Berlin-Mitte)



**L-01-118**

# **Antrag**

**Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am Samstag,  
2. April 2022**

**Initiator\*innen:** Sven Drebes (KV Berlin-Mitte)

**Titel:** L-01-118 zu L-01NEU: Ein grünes  
Gesundheitsnetzwerk für Berlin - von  
Prävention bis zur Versorgung und von der  
Geburt bis ins hohe Alter

---

**Von Zeile 119 bis 122 einfügen:**

Zur Entlastung von pflegenden Angehörigen gehört der Ausbau von Tages-, Kurzzeit-, Nacht- und Verhinderungspflege. Wir folgen damit dem Ansatz ambulant vor stationär. Dieser Grundsatz ist für uns auch für die Pflege von Menschen leitend, die nicht von Angehörigen gepflegt werden. Die Anzahl von Pflege-Wohngemeinschaften wollen wir beibehalten und bei Bedarf ausbauen. Die Pflege-Wohngemeinschaften sollen nach überprüfbaren Qualitätsindikatoren arbeiten. Darüber hinaus stärken wir Strukturen und Angebote, die es pflegebedürftigen Menschen ermöglichen, möglichst lange in ihrer Wohnung und der vertrauten Umgebung zu leben.

## **Begründung**

Ein möglichst selbstbestimmtes Leben im Quartier muss für alle pflegebedürftigen Menschen möglich sein, nicht nur für die, die von Ihnen Angehörigen gepflegt werden.

## **Unterstützer\*innen**

Andrea Nakoinz (KV Berlin-Lichtenberg), Christopher Schriener (KV Berlin-Mitte), Veronika Gräwe (KV Berlin-Mitte), Thore Hagemann (KV Berlin-Neukölln), Dominik Pross (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Thuy Chinh Duong (KV Berlin-Mitte), Sabine Deitschun (KV Berlin-Kreisfrei), Alexandra Bendzko (KV Berlin-Mitte), Stefan Lehmkuhler (KV Berlin-Kreisfrei), Tarek Massalme (KV Berlin-Mitte), Timur Ohloff (KV Berlin-Mitte), Simone Motzkus (KV Berlin-Mitte), Jürgen Rott (KV Berlin-Mitte), Antonia Schwarz (KV Berlin-Kreisfrei), Shirin Kreße (KV Berlin-Mitte), Hanna Steinmüller (KV Berlin-Mitte), Detlef Meyer zu Heringdorf (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte), Max Stier (KV Berlin-Mitte), Jelisaweta Kamm (KV Berlin-Mitte), Maren Tepper (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf), Reinhard Koppenleitner (KV Berlin-Reinickendorf), Juliana Wimmer (KV Berlin-Mitte), Anja Fink (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Vasile-Marian Luca (KV Berlin-Mitte), Ellis Huber (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Jutta Schauer-Oldenburg (KV Berlin-Mitte), Katja Zimmermann (KV Berlin-Mitte), Robert Hahn (KV Berlin-Mitte), Wolfgang Schmidt (KV Berlin-Kreisfrei), Thomas Götz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Catherina Pieroth-Manelli (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), David Herr (KV Berlin-Kreisfrei), Anja Kleffner (KV Berlin-Kreisfrei), Martina Schmiedhofer (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Christa Markl-Vieto Estrada (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf)

**L-01-154**

# **Antrag**

**Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am Samstag,  
2. April 2022**

**Initiator\*innen:** Veronika Gräwe (KV Berlin-Mitte)

**Titel:** **L-01-154 zu L-01NEU: Ein grünes  
Gesundheitsnetzwerk für Berlin - von  
Prävention bis zur Versorgung und von der  
Geburt bis ins hohe Alter**

---

**Von Zeile 155 bis 156 einfügen:**

**förderliche Bedingungen in allen Versorgungsbereichen geschaffen. Dazu gehört auch die Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen. Für Betroffene von Zwangsmaßnahmen schaffen wir niedrigschwellige Möglichkeiten, sich über ihre Rechte zu informieren. Den Zugang von Betroffenen, deren Rechte verletzt wurden, zu juristischer Unterstützung verbessern wir. Auch die Suizidprävention wollen wir stärken.**

## **Begründung**

Zwangsmaßnahmen stellen für Betroffene einen erheblichen Eingriff in ihre Freiheitsrechte dar. Zwangsmaßnahmen werden nicht zuletzt durch den UN Sonderberichterstatter für Folter abgelehnt

(<https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/information-anlaes-slich-der-deutschen-uebersetzung-des-berichts-des-sonderberichterstatters-ueber-folter>). In Psychiatrien, im Maßregelvollzug und in kinder- und jugendpsychiatrischen Einrichtungen sind häufig Personen von solchen

Maßnahmen betroffen, die kaum über die finanziellen, sozialen und kulturellen

Ressourcen verfügen, sich im Nachgang einer Zwangsmaßnahme über ihre Rechte zu informieren oder gar bei einer Verletzung ihrer Rechte im Nachgang juristische Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Erschwerend kommt hinzu, dass es in Berlin kaum Rechtsanwält\*innen gibt, die bereit sind, die Betroffenen hier zu unterstützen. Hier ist es wichtig, dass Betroffene sich niedrigschwellig informieren können und wenn der Verdacht besteht, dass sie in ihren Rechten verletzt wurden, niedrigschwellig Zugang zur Justiz erhalten. Bei der Verbesserung niedrigschwelliger Unterstützungsmöglichkeiten sollten bestehende Angebote wie die Beschwerde- und Informationsstelle Psychiatrie berücksichtigt werden sowie der Dialog mit Betroffenen z. B. Landesverband Psychiatrieerfahrener gesucht werden.

### **Unterstützer\*innen**

Jelisaweta Kamm (KV Berlin-Mitte), Hanna Steinmüller (KV Berlin-Mitte), Rico Schulze (KV Berlin-Mitte), Katja Zimmermann (KV Berlin-Mitte), Vasile-Marian Luca (KV Berlin-Mitte), Sven Drebes (KV Berlin-Mitte), Lela Sisauri (KV Berlin-Mitte)

**L-01-156**

# **Antrag**

**Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am Samstag,  
2. April 2022**

**Initiator\*innen:** Anja Fink (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

**Titel:** **L-01-156 zu L-01NEU: Ein grünes  
Gesundheitsnetzwerk für Berlin - von  
Prävention bis zur Versorgung und von der  
Geburt bis ins hohe Alter**

---

**Von Zeile 157 bis 160:**

**Psychische Gesundheit steht paradigmatisch für Netzwerkarbeit aller Bereiche der  
medizinischen und nicht-medizinischen Versorgung. ~~Hierfür müssen alle noch  
besser zusammenarbeiten, insbesondere die Akteur\*innen des ambulanten,  
klinischen und außerklinischen Bereichs.~~ Wir unterstützen den Aufbau von  
interdisziplinären Netzwerken für eine bessere Zusammenarbeit im ambulanten,  
klinischen und außerklinischen Bereich.**

## **Begründung**

Ziel eines interdisziplinären Netzwerkes ist insbesondere die Stärkung der  
patientenzentrierten Versorgung, z. Bsp. durch zeitnahe Vermittlung von  
Behandlungsterminen, bessere Koordination und Kontinuität in der Behandlung.

## **Unterstützer\*innen**

Antonia Schwarz (KV Berlin-Kreisfrei), Andrea Nakoinz (KV Berlin-Lichtenberg), Tim  
Ullrich (KV Berlin-Neukölln), Ellis Huber (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

**L-01-311**

# **Antrag**

**Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am Samstag,  
2. April 2022**

**Initiator\*innen:** LAG Drogenpolitik Berlin (dort beschlossen am: 15.03.2022)

**Titel:** **L-01-311 zu L-01NEU: Ein grünes  
Gesundheitsnetzwerk für Berlin - von  
Prävention bis zur Versorgung und von der  
Geburt bis ins hohe Alter**

---

**Von Zeile 312 bis 315:**

ausbauen. Auch den Zugang zu Drogenkonsumräumen wollen wir weiter verbessern. Die Suchthilfe muss stärker mit **den weiteren** Angeboten der **Sozialarbeit sozialen Arbeit (z. B. der Obdachlosenhilfe) und der Jugendhilfe** verzahnt werden, um Menschen, die in Abhängigkeit geraten **oder davon gefährdet** sind, auch wirksam und langfristig zu helfen. Substitutionsprogramme, auch in Haftanstalten, sollen verstetigt und ausgebaut werden.

## **Begründung**

Suchthilfe ist Bestandteil sozialer Arbeit, das wird durch die Umformulierung deutlich. Die erforderliche Vernetzung der Bereiche wird mit der neuen Formulierung besser zum Ausdruck gebracht im Sinne einer Präzisierung. Beispielsweise ist in der Praxis Obdachlosenhilfe und Suchthilfe regulär getrennt, was geändert werden sollte, da bei vielen Obdachlosen ein Suchtproblem besteht. Diese Hilfsangebote sollten nicht nur für bereits substanzabhängige Personen bestehen, sondern im Sinne der Prävention auch für abhängigkeitsgefährdete Personen.

**L-01-343**

# **Antrag**

**Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am Samstag,  
2. April 2022**

**Initiator\*innen:** Dominik Pross (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

**Titel:** **L-01-343 zu L-01NEU: Ein grünes  
Gesundheitsnetzwerk für Berlin - von  
Prävention bis zur Versorgung und von der  
Geburt bis ins hohe Alter**

---

**Von Zeile 344 bis 345 einfügen:**

**Pandemie. Wir brauchen einen gut ausgestatteten ÖGD um besser auf zukünftige Pandemien vorbereitet zu sein. Der Pakt für den ÖGD hat hierzu eine gute Grundlage geliefert, deren Möglichkeiten es auszuschöpfen gilt. Schon jetzt ist allerdings klar, dass diese Möglichkeiten nicht reichen werden, um unsere Zielvorstellung eines modernen ÖGD zu erreichen. Wir werden uns daher auch weiterhin dafür einsetzen, dass der ÖGD die nötigen Ressourcen bekommt, um seine gegenwärtigen und zukünftigen Aufgaben zufriedenstellend erfüllen zu können. Um hierfür eine solide Planungsgrundlage zu haben, muss das Mustergesundheitsamt weiterentwickelt und angepasst werden.**

## **Begründung**

Der Pakt für den ÖGD ist das größte Projekt zur finanziellen und personellen Stärkung des ÖGD seit langem. Der Bund stellt hier den Ländern Mittel zur personellen und sachlichen Verstärkung des ÖGD zur Verfügung. Insbesondere auch für bessere IT-Ausstattung werden Mittel zur Verfügung gestellt. Berlin hat die Möglichkeiten zur Schaffung neuer Stellen im ÖGD weitestgehend ausgeschöpft. Es

zeichnet sich aber klar ab, dass diese neuen Stellen noch nicht ausreichen werden. Die Orientierung zur personellen Aufstellung des ÖGD in Berlin bildet das Mustergesundheitsamt. Diese Planungsgrundlage ist jedoch mehrere Jahre alt und muss dringen, auch aber nicht nur, vor dem Hintergrund der Lehren aus der Pandemie weiterentwickelt werden.

### **Unterstützer\*innen**

Brigitte Kallmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Jutta Schmidt-Stanojevic (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Sven Dohnalek (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Vito Dabisch (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)



**L-01-380**

# **Antrag**

**Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am Samstag,  
2. April 2022**

**Initiator\*innen:** Jörg Barnstedt (KV Berlin-Pankow)

**Titel:** **L-01-380 zu L-01NEU: Ein grünes  
Gesundheitsnetzwerk für Berlin - von  
Prävention bis zur Versorgung und von der  
Geburt bis ins hohe Alter**

---

**Von Zeile 381 bis 383 einfügen:**

**Klimagerechtes Bauen, verbesserte Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten und  
bessere Aufenthaltsqualität sind Maßstäbe für eine Grüne  
Krankenhausinvestitionsplanung. Wir unterstützen auch den transformativen  
Wandel der Berliner Gesundheitseinrichtungen zum klimaneutralen Betrieb.  
Weiteres Outsourcing oder (Teil-)Privatisierung im Krankenhausbereich lehnen wir  
ab.**

## **Begründung**

Der Gesundheitssektor trägt mit etwas 5% der CO<sub>2</sub>-Emissionen zum Treibhauseffekt bei. Wären alle Gesundheitssysteme der Welt ein Land, wäre dieses Land der fünftgrößte Treibhausemittent. Ein Drittel der Emissionen entsteht in und rund um die Einrichtungen und kann durch sie selbst maßgeblich reduziert werden.

Krankenhäuser, Arztpraxen und andere Gesundheitseinrichtungen genießen ein hohes Ansehen und einen hohen Stellenwert in der Bevölkerung. Sie können somit eine Vorbildfunktion einnehmen und in besonderem Maße über den

Zusammenhang zwischen planetarer und menschlicher Gesundheit aufklären. Klimamanager\*innen realisieren idealerweise vor Ort die Transformation der Krankenhäuser zum klimaneutralen Arbeiten. Zahlreiche Maßnahmen müssen angestoßen und umgesetzt werden. Hierzu gehören zum Beispiel Konzepte zur Vermeidung von Müll, zur Schonung von Ressourcen, Aufklärung von Mitarbeitenden, Patient\*innen, Besucher\*innen usw. Investitionsmittel sollen in ausreichender Form allen öffentlichen Gesundheitseinrichtungen zur Verfügung gestellt werden.

### **Unterstützer\*innen**

Kathleen Rabe (KV Berlin-Pankow), Daniela Billig (KV Berlin-Pankow), Sascha Krieger (KV Berlin-Pankow), Delia Baum (KV Berlin-Pankow)

**L-01-404-2**

# **Antrag**

**Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am Samstag,  
2. April 2022**

**Initiator\*innen:** Alexandra Bendzko (KV Berlin-Mitte)

**Titel:** L-01-404-2 zu L-01NEU: Ein grünes  
Gesundheitsnetzwerk für Berlin - von  
Prävention bis zur Versorgung und von der  
Geburt bis ins hohe Alter

---

**Von Zeile 405 bis 409:**

Um dem Pflegenotstand und Fachkräftemangel entgegenzuwirken, braucht es ebenso attraktivere Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen in der Pflege und den Gesundheitsberufen. ~~Berlin muss auch für eine angemessene Vergütung für den Praxisanteil während des Pflegestudiums sorgen. Wir setzen uns für Schulgeldfreiheit bei der Ausbildung der anerkannten Gesundheitsberufe (Logopädie, Physio- und Ergotherapie) ein. Die Ausbildung in anerkannten Gesundheitsberufen (Logopädie, Physio- und Ergotherapie) muss entgeltfrei werden. Berlin muss einführen, dass schon während Praktika in Ausbildung und Studium, die länger als 12 Wochen dauern, Urlaubs- und Sozialversicherungsansprüche sowie eine angemessene Vergütung wie in Referendariaten und faire Arbeitszeitregelungen gelten. Auch Weiterqualifizierungen. Berlin wird die Psychotherapieausbildung, insbesondere der Kinder- und Jugendpsychotherapeuten finanziell fördern. Die Praxisphasen in der Psychotherapieausbildung sind ebenfalls zu vergüten.~~

**Begründung**

Getreu unserem alten Motto "Her mit dem schönen Leben für alle" müssen wir die Ausbildungsbedingungen im Gesundheitssektor verbessern. Dazu gehört insbesondere die Abschaffung unbezahlter oder prekärer Arbeit denn Klatschen reicht auch für Studierende nicht. Es gibt dazu einen erheblichen Mangel an Psychotherapeuten, da müssen wir ebenfalls für eine Verbesserung sorgen, denn die Pandemie hat uns gelehrt, dass auch die psychische Gesundheit nicht vernachlässigt werden darf.

### **Unterstützer\*innen**

Pascal Striebel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Fabio Scharfenberg-Reinhardt (KV Berlin-Lichtenberg), Michael Blöcher (KV Berlin-Mitte), Bernhard Kern (KV Berlin-Mitte), Lucas Gerrits (KV Berlin-Mitte), Sven Drebes (KV Berlin-Mitte), Nuria Köchling (KV Berlin-Mitte), Anja Schillhaneck (KV Berlin-Kreisfrei), Madlen Ehrlich (KV Berlin-Mitte), Sabine Bangert (KV Berlin-Neukölln)

**L-01-408**

# **Antrag**

**Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am Samstag,  
2. April 2022**

**Initiator\*innen:** Antonia Schwarz (KV Berlin-Kreisfrei)

**Titel:** **L-01-408 zu L-01NEU: Ein grünes  
Gesundheitsnetzwerk für Berlin - von  
Prävention bis zur Versorgung und von der  
Geburt bis ins hohe Alter**

---

**In Zeile 410:**

***Lehren der Pandemie***

**Die Covid-19 Pandemie und ihre Folgen für unsere Gesellschaft**

## **Unterstützer\*innen**

Andrea Nakoinz (KV Berlin-Lichtenberg), Jan Möbius (KV Berlin-Lichtenberg), David Herr (KV Berlin-Kreisfrei), Wolfgang Schmidt (KV Berlin-Kreisfrei), Aferdita Suka (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Heiko Schaller (KV Berlin-Lichtenberg)

L-01-413

# Antrag

Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am Samstag,  
2. April 2022

**Initiator\*innen:** David Herr (KV Berlin-Kreisfrei)

**Titel:** L-01-413 zu L-01NEU: Ein grünes  
Gesundheitsnetzwerk für Berlin - von  
Prävention bis zur Versorgung und von der  
Geburt bis ins hohe Alter

---

Von Zeile 415 bis 417:

**Die Einschränkungen in Folge** Seit Beginn der Corona-Pandemie **haben** wurden je nach Infektionslage bereits eine Reihe von Einschränkungen erforderlich, die maßgeblich zum Gesundheitsschutz beigetragen und viele Erkrankungsfälle verhindert haben. Wir sind uns zugleich bewusst, dass sie auch zu erheblichen Belastungen von großen Teilen der Gesellschaft geführt haben. Viele Familien mussten zeitweise das Arbeiten im Homeoffice und die schulische Unterstützung und Betreuung ihrer Kinder in viel zu kleinen Wohnungen

## Begründung

Die Kontaktbeschränkungen und weiteren Einschränkungen waren teils schmerzlich, aber leider erforderlich. Es können auch noch nicht alle Maßnahmen beendet werden. Die Formulierungen zu diesem Themenbereich sollten möglichst eindeutig ausdrücken, dass wir hinter den ergriffenen Maßnahmen stehen und dem wissenschaftlich fundierten Gesundheitsschutz auch insofern einen großen Wert beimessen. Dies ist auch in der aktuellen Lage wichtig, in der selbst wenig eingriffstiefe Maßnahmen vermehrt in Frage gestellt werden. Die vorgeschlagene

Formulierung soll missverständene Lesarten (etwa im Sinne einer nachträglichen Distanzierung von gemeinsam ergriffenen Maßnahmen) sicher ausschließen und ist daher eine wichtige kontextuelle Ergänzung zu den nachfolgend beschriebenen nachteiligen Auswirkungen, die selbstverständlich zu Recht angesprochen und nach Kräften angegangen werden müssen.

### **Unterstützer\*innen**

Andrea Nakoinz (KV Berlin-Lichtenberg), Tim Ullrich (KV Berlin-Neukölln), Armin Schäfer (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Till Gierlich (KV Berlin-Neukölln), Anja Fink (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Martina Schmiedhofer (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

**L-01-433-2**

# **Antrag**

**Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am Samstag,  
2. April 2022**

**Initiator\*innen:** Landesarbeitsgemeinschaft Bündisgrüner Christ\*innen (dort  
beschlossen am: 24.03.2022)

**Titel:** L-01-433-2 zu L-01NEU: Ein grünes  
Gesundheitsnetzwerk für Berlin - von  
Prävention bis zur Versorgung und von der  
Geburt bis ins hohe Alter

---

**Von Zeile 435 bis 439:**

~~**Auch die Folgen von Long-Covid werden uns noch lange beschäftigen. Die  
Folgesymptome sind vielfältig und können alle Organe betreffen. Die Betroffenen  
leiden unter körperlichen, mentalen und psychischen Symptomen. Besonders  
ausgeprägt ist das Fatigue-Syndrom. Dabei sind Frauen stärker von Long-Covid  
betroffen als Männer. Betroffene sind teilweise in ihren Handlungsmöglichkeiten in  
hohem Maße eingeschränkt und auf Unterstützung angewiesen.**~~

**Long COVID (LC) ist noch immer ein Randthema. Der Fokus liegt zurzeit auf der  
Behandlung der Grunderkrankung durch das Virus Sars-Cov-2. Die  
Folgesymptome sind vielfältig und können alle Organsysteme betreffen. Die Dauer  
dieser Symptome variiert zwischen einigen Wochen bis Jahre. Besonders stark  
ausgeprägt ist die Fatigue (chronisches Erschöpfungssyndrom, CFS). Frauen sind  
stärker von Long COVID betroffen als Männer.**

**Die Betroffenen benötigen ein Forum, das über Selbsthilfegruppen hinausgeht und  
ständig verfügbar ist. Aus diesem Grunde fordern wir die Einrichtung eines Online-  
Netzwerkes in Anlehnung an das Schweizer Modell Altea.**

**Immer noch kommt es zu oft vor, dass Beschäftigte im Gesundheitswesen Long**



COVID-Erkrankte auf eine psychosomatische Erkrankung reduzieren und sich beispielsweise gegen eine Blutwäsche aussprechen. Deshalb fordern wir, dass sowohl im Gesundheitswesen als auch in der gesamten Gesellschaft kurzfristig das Wissen über Long COVID und das Verständnis für Long COVID-Erkrankte flächendeckend verbreitet wird. Dies soll durch entsprechende Kampagnen der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung erreicht werden. Die Betroffenen sind häufig über längere Zeiträume hindurch nicht in der Lage, die erforderlichen Antragsverfahren bei den Sozialversicherungsträgern zu stellen. Es müsste somit eine Art „Fallmanager“ eingeführt werden, der im Namen der Betroffenen gegenüber den jeweiligen Behörden und Stellen deren Interessen vertritt. Für solche Aufgaben sind sinnvollerweise nur Rechtsanwälte geeignet. Für weniger schwerwiegende Krankheitsbilder der CFS fordern wir den flächendeckenden Aufbau von Beratungsstellen für alle Long COVID-Betroffene.

**D2-004**

# **Dringlichkeitsantrag**

**Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am Samstag,  
2. April 2022**

**Initiator\*innen:** Erik Marquardt (KV Berlin-Treptow/Köpenick)

**Titel:** **D2-004: Dringlichkeitsantrag zum Krieg in der  
Ukraine und dessen Folgen**

---

## **Antragstext**

**Von Zeile 3 bis 4 einfügen:**

in der Ukraine und stehen solidarisch an der Seite der Ukrainer\*innen und aller vom Krieg betroffenen Personen und Geflüchteten.

**Zehntausende Menschen sterben in der Ukraine, Millionen müssen fliehen. An den Grenzen bringen die Väter ihre Frauen und Kinder in Sicherheit und verabschieden sich in viel zu vielen Fällen zum letzten Mal von ihren Liebsten, bevor sie zurück müssen, um die Ukraine gegen Putins Angriff zu verteidigen. Das Leid der Menschen aus der Ukraine ist unermesslich und verdient mehr als Solidarität. Es reicht nicht es zu sehen und mitzufühlen, wir müssen über die Aktiven der Zivilgesellschaft hinaus tätig werden. Wir werben und arbeiten dafür, dass humanitäre Hilfe geleistet wird, dass allen Geflüchteten Zuflucht und Perspektive gewährt wird und dass die Stimmen der Ukrainer\*innen mehr Raum in der Debatte finden. Ukrainer\*innen müssen die Unabhängigkeit und territoriale Integrität ihres Landes gegen die imperialistische Aggression der russischen Armee verteidigen können, eine freie Wahl über ihre demokratische Zukunft behalten und eine glaubwürdige europäische Perspektive haben. Eine EU-Mitgliedschaft ist nie eine Frage von Tagen oder Monaten - doch langfristig sollte die Ukraine auf diesem Weg**

unterstützt werden, um die notwendigen Kriterien schnellstmöglich erfüllen zu können.

**Begründung**

erfolgt mündlich

**Unterstützer\*innen**

Sergey Lagodinsky (KV Berlin-Pankow), Katrin Schmidberger (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Clara Herrmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Alexander Kaas Elias (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Laura Neugebauer (KV Berlin-Mitte), Susanna Kahlefeld (KV Berlin-Neukölln), Karl-Heinz Garcia Bergt (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

**D2-021-2**

# **Dringlichkeitsantrag**

**Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am Samstag,  
2. April 2022**

**Initiator\*innen:** Wolfgang Schmidt (KV Berlin-Kreisfrei)

**Titel:** **D2-021-2: Dringlichkeitsantrag zum Krieg in der  
Ukraine und dessen Folgen**

---

## **Antragstext**

**Von Zeile 21 bis 22 einfügen:**

Wir brauchen eine gut ausgestattete Bundeswehr und ein gut ausgestattetes Gesundheitssystem. Die Pandemie hat die Bedeutung des Gesundheitssystem für die innere Sicherheit verdeutlicht. Eine parallele Investition eines Sondervermögen 100 Milliarden Euro für Medizin und Pflege, wird das im Krisenfall umfassend garantieren können. Wir müssen in unsere Sicherheit investieren. Die Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit wird aber nicht nur durch Rüstungsgüter erreicht.

## **Begründung**

Zur militärischen Bereitschaft im Verteidigungsfall gehört auch eine präventive Versorgung für den Ernstfall. Eine Versorgung, von der die Bevölkerung auch in Zeiten weniger militärischer Bedrohung ohne weiteres profitieren wird.

## **Unterstützer\*innen**

Ellis Huber (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Walter Otte (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Christa Fischer (KV Berlin-Kreisfrei), Angélique Menjivar de

Paz (KV Berlin-Spandau), Andrea Bittner (KV Berlin-Kreisfrei)

**D2-029**

# **Dringlichkeitsantrag**

**Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am Samstag,  
2. April 2022**

**Initiator\*innen:** Lisa Pramann (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

**Titel:** **D2-029: Dringlichkeitsantrag zum Krieg in der  
Ukraine und dessen Folgen**

---

## **Antragstext**

**Von Zeile 29 bis 30 einfügen:**

Daher setzen wir uns dafür ein, dass Sicherheitspolitik umfassend verstanden und mit unseren europäischen Partnern abgestimmt wird und sich dies auch bei der Verausgabung des geplanten Sondervermögens über 100 Milliarden Euro sowie

## **Begründung**

Viele europäische Staaten diskutieren und verabschieden gerade Investitionsprogramme zur Stärkung von Militär und sicherheitspolitischen Strukturen. Vor dem Hintergrund des Verteidigungsbündnisses und der GASP ist es notwendig, Anschaffungen und Investitionen mit europäischen Partnern abzustimmen, um diese sinnvoll zu tätigen und so, in Zukunft, gute Kooperation sicherzustellen.

## **Unterstützer\*innen**

Torben Wöckner (KV Berlin-Lichtenberg), Elisabeth Mandl-Behnke (KV Oberhavel), Baptiste Aguila (KV Berlin-Mitte), Julina Mintel (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf)

**D2-034-2**

# **Dringlichkeitsantrag**

**Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am Samstag,  
2. April 2022**

**Initiator\*innen:** Maurice Meyer (KV Berlin-Neukölln)

**Titel:** **D2-034-2: Dringlichkeitsantrag zum Krieg in der  
Ukraine und dessen Folgen**

---

## **Antragstext**

**Von Zeile 33 bis 35 einfügen:**

in diesem Sinne in den Frieden investieren, werden wir tatsächlich mehr Sicherheit erreichen können. Die geplante Kürzung im Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ist falsch und spiegelt genau diese Auffassung von Sicherheitspolitik nicht wider. Sicherheitspolitik bedeutet nämlich auch, Zivilgesellschaft weltweit und Institutionen wie die Vereinten Nationen zu unterstützen, um unsere internationale Friedensordnung zu stärken. Die Verankerung militärpolitischer Ziele im Grundgesetz lehnen wir strikt ab. Zusätzliche Mittel für die Bundeswehr müssen mit klarer Zielvorgabe eingesetzt und deren

## **Begründung**

Nach dem Kabinettsentwurf soll der Etat des BMZ um 1,6 Milliarden Euro sinken. Der Krieg in der Ukraine hat aufgrund von z.B. steigenden Getreidepreisen auch schwerwiegende Auswirkungen auf die Länder des Globalen Südens. In so einer Situation dürfen die Gelder nicht gekürzt werden, das wäre eine entwicklungspolitische und humanitäre Fehlplanung.

## **Unterstützer\*innen**

Alexander Kräß (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Yannick Brugger (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Hangzhi Yu (KV Berlin-Neukölln), Elina Schumacher (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Tjado Stemmermann (KV Berlin-Neukölln), Loretta Alcamo (KV Berlin-Neukölln), Lara Pickener (KV Berlin-Lichtenberg), Kasimir Cesare Saladin Heldmann (KV Berlin-Pankow), Luis Höhne (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)



**D2-034-3**

# **Dringlichkeitsantrag**

**Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am Samstag,  
2. April 2022**

**Initiator\*innen:** Maurice Meyer (KV Berlin-Neukölln)

**Titel:** **D2-034-3: Dringlichkeitsantrag zum Krieg in der  
Ukraine und dessen Folgen**

---

## **Antragstext**

**Von Zeile 33 bis 35 einfügen:**

in diesem Sinne in den Frieden investieren, werden wir tatsächlich mehr Sicherheit erreichen können. So muss das Sondervermögen auch Energiesouveränität und soziale Gerechtigkeit fördern. Die Verankerung militärpolitischer Ziele im Grundgesetz lehnen wir strikt ab. Zusätzliche Mittel für die Bundeswehr müssen mit klarer Zielvorgabe eingesetzt und deren

## **Begründung**

Die "Verausgabung des geplanten Sondervermögens über 100 Milliarden Euro" muss konkretisiert werden.

## **Unterstützer\*innen**

Yannick Brugger (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Hangzhi Yu (KV Berlin-Neukölln), Elina Schumacher (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Tjado Stemmermann (KV Berlin-Neukölln), Loretta Alcamo (KV Berlin-Neukölln), Lara Pickener (KV Berlin-Lichtenberg), Luis Höhne (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

**D2-045**

# **Dringlichkeitsantrag**

**Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am Samstag,  
2. April 2022**

**Initiator\*innen:** Tjado Stemmermann (KV Berlin-Neukölln)

**Titel:** **D2-045: Dringlichkeitsantrag zum Krieg in der  
Ukraine und dessen Folgen**

---

## **Antragstext**

### **Von Zeile 44 bis 47:**

aktuellen Herausforderungen ist es nötig, dass auch bei der Kreditaufnahme alte Glaubenssätze auf den Prüfstand kommen. Klar ist für uns, dass ~~stärkere Schultern~~ ~~solidarisch~~ Menschen, die über mehr Geld verfügen auch mehr zur Finanzierung notwendiger Investitionen beitragen ~~sollen~~ müssen, besonders in dieser Ausnahmesituation.

## **Begründung**

"Starke Schultern" ist ein sehr positiver Frame. Reiche Menschen sind aber vor allem reich und haben deswegen weder starke Schultern, noch sind sie sozial stark.

## **Unterstützer\*innen**

Maurice Meyer (KV Berlin-Neukölln), Loretta Alcamo (KV Berlin-Neukölln), Katheryn Mariell Herrmann Aguero (KV Berlin-Neukölln), Hangzhi Yu (KV Berlin-Neukölln), Leonie Wingerath (KV Berlin-Neukölln)

**D2-053-2**

# **Dringlichkeitsantrag**

**Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am Samstag,  
2. April 2022**

**Initiator\*innen:** Lisa Jörke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

**Titel:** **D2-053-2: Dringlichkeitsantrag zum Krieg in der  
Ukraine und dessen Folgen**

---

## **Antragstext**

**Von Zeile 53 bis 54 einfügen:**

Im Koalitionsvertrag haben die Regierungsparteien erklärt, dass die Ausgaben für Krisenprävention, Humanitäre Hilfe, AKBP und Entwicklungszusammenarbeit im Maßstab eins-zu-eins wie die Ausgaben für Verteidigung steigen sollen. Davon ist seit Beginn des Ukraine-Krieges keine Rede mehr, das Budget des BMZ wurde sogar reduziert. Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe müssen weiterhin ein Grundpfeiler der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik bleiben und entsprechend finanziert werden. Aufgrund des Krieges sind globale Nahrungsmittelkrisen zu befürchten. Die internationale

## **Begründung**

Der Zusammenhang zwischen Verteidigungs- und humanitären/Entwicklungsausgaben und die Absichtserklärung der Regierung war im vorliegenden Entwurf nicht deutlich erkennbar.

## **Unterstützer\*innen**

Georg P. Kössler (KV Berlin-Neukölln), Friedel Grützmacher (KV Berlin-Kreisfrei), Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Lisa Dieminger (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Christian Jacobs (KV Berlin-Kreisfrei)

**D2-135**

# **Dringlichkeitsantrag**

**Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am Samstag,  
2. April 2022**

**Initiator\*innen:** Tarek Massalme (KV Berlin-Mitte)

**Titel:** **D2-135: Dringlichkeitsantrag zum Krieg in der  
Ukraine und dessen Folgen**

---

## **Antragstext**

**Von Zeile 134 bis 135 einfügen:**

ordnungsrechtlichen Rahmen zu schaffen, begrüßen wir. Etwaige notwendige Lücken schließen wir im Rahmen eines Erneuerbare-Wärme-Gesetzes. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die energetische Gebäudesanierung auch in sozialen Erhaltungsgebieten genehmigungsrechtlich vereinfacht wird, damit alle Menschen an der Dekarbonatisierung der Wärmeversorgung teilhaben können, denn niedrige Heizkosten sind auch ein Sozialfaktor bei der Energiewende. Auf Bundesebene werden wir uns deshalb für ein den Anforderungen abgestimmtes Förderprogramm für soziale Erhaltungsgebiete einsetzen.

## **Unterstützer\*innen**

Lucas Gerrits (KV Berlin-Mitte), Madlen Ehrlich (KV Berlin-Mitte), Shiva Saber Fattahy (KV Berlin-Mitte), Lela Sisauri (KV Berlin-Mitte), Laura Neugebauer (KV Berlin-Mitte), Vasile-Marian Luca (KV Berlin-Mitte), Sven Drebes (KV Berlin-Mitte)

**D2-208**

# **Dringlichkeitsantrag**

**Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am Samstag,  
2. April 2022**

**Initiator\*innen:** Veronika Gräwe (KV Berlin-Mitte)

**Titel:** **D2-208: Dringlichkeitsantrag zum Krieg in der  
Ukraine und dessen Folgen**

---

## **Antragstext**

**Von Zeile 207 bis 209 einfügen:**

durch das EASY-System nach Königsteiner Schlüssel an Orte ohne unterstützende Strukturen verbracht werden, sondern dauerhaft in Berlin bleiben können. Bei Menschen mit Behinderung soll eine Verteilung außerhalb Berlins nur dann erfolgen, wenn vor Ort gleiche Möglichkeiten zur Teilhabe wie in Berlin bestehen. Für diejenigen, die in Berlin bleiben, gilt es nun schnell und unbürokratisch die Registrierung zu ermöglichen, die

## **Begründung**

Menschen mit Behinderung haben unterschiedliche Bedarfe. Bei einer Verteilung von Menschen mit Behinderung außerhalb Berlins nach dem Königssteiner Schlüssel soll vor der Verteilung sichergestellt werden, dass sie nur an Orte verteilt werden, an denen gleiche Teilhabemöglichkeiten wie in Berlin gewährleistet sind. Dies betrifft u. a. den Zugang zu einer barrierearmen Gesundheitsversorgung, das Vorhandensein von Selbsthilfegruppen und Peer-Support-Netzwerken, den Zugang zu barrierearmer Mobilität, zu Gebärdensprachdolmetschenden besonders für ukrainische/russische Gebärdensprache, den Zugang zu für Kinder mit Behinderung

geeigneten Willkommensklassen etc.

**Unterstützer\*innen**

Janine Rähke (KV Berlin-Mitte), Madlen Ehrlich (KV Berlin-Mitte), Vasile-Marian Luca (KV Berlin-Mitte), Sven Drebes (KV Berlin-Mitte)

**D2-263-2**

# **Dringlichkeitsantrag**

**Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am Samstag,  
2. April 2022**

**Initiator\*innen:** Kasimir Cesare Saladin Heldmann (KV Berlin-Pankow)

**Titel:** **D2-263-2: Dringlichkeitsantrag zum Krieg in der  
Ukraine und dessen Folgen**

---

## **Antragstext**

**Von Zeile 262 bis 264 einfügen:**

Kinderbetreuung haben. Wir setzen uns deshalb für die schnelle Eingliederung der Kinder in Kindertageseinrichtungen und Schulen ein. Dafür muss es ankommenden Pädagog\*innen schnell und unbürokratisch ermöglicht werden in Berlin zu arbeiten und bei der Betreuung der Kinder mit gleicher Erstsprache zu unterstützen. Die Bedürfnisse von besonders vulnerablen Gruppen, insbesondere unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten, sind von Minute eins an zu

## **Unterstützer\*innen**

Elina Schumacher (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Günes Jülide Keskin (KV Berlin-Reinickendorf), Bogusz Schmidt (KV Berlin-Reinickendorf), Felicitas Stelzer (KV Berlin-Pankow)



**D2-270**

# **Dringlichkeitsantrag**

**Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am Samstag,  
2. April 2022**

**Initiator\*innen:** Kasimir Cesare Saladin Heldmann (KV Berlin-Pankow)

**Titel:** **D2-270: Dringlichkeitsantrag zum Krieg in der  
Ukraine und dessen Folgen**

---

## **Antragstext**

**Von Zeile 269 bis 271 einfügen:**

belarussischen Grenze, in Afghanistan oder auf Lesbos ausharren müssen. Auch für sie muss es sichere & legale Fluchtwege und eine Chance auf Leben geben. Berlin als „Sicherer Hafen“ heißt alle Schutzsuchenden willkommen.

## **Unterstützer\*innen**

Jannis Ernesti (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Elina Schumacher (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Lara Pickener (KV Berlin-Lichtenberg), Luis Höhne (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Bogusz Schmidt (KV Berlin-Reinickendorf), Günes Jülide Keskin (KV Berlin-Reinickendorf)